

Patienten häufiger und länger im Krankenhaus versorgt werden“, sagte Brysch in Dortmund. Jeder Zweite über 65 leide an drei oder mehr chronischen Erkrankungen. Dies stelle die Versorgung vor besondere Herausforderungen. „Bund und Ländern fehlt der Blick fürs Ganze.“ Brysch forderte: „Kommunale Krankenhäuser müssen sich der Basisversorgung verschreiben.“ Vor allem chronisch Kranke und alte Menschen müssten dort ganzheitlich behandelt werden.

- (facharzt.de 15.6.15) – Der in der vergangenen Woche beschlossene Kabinettsentwurf des **Krankenhausstrukturgesetzes** (KHS) erfülle die im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien beschlossenen Vereinbarungen nicht, kritisiert die **Ärztekammer Berlin**. Und bezeichnet das Gesetz als **Alibipolitik**, die an der „dramatischen Personalsituation“ in vielen Kliniken nichts ändern werde. Im 2013 geschlossenen Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD heißt es wörtlich: „Eine sichere Behandlung ist letztlich nur dort möglich, wo das ärztliche und pflegerische Personal nicht über Gebühr belastet wird. Wir wollen gewährleisten, dass auf Ebene der DRG-Kalkulation Personalkosten, insbesondere in der Pflege, in ausreichender Höhe und Gewichtung berücksichtigt werden“. Herausgekommen aber sei mit dem KHS lediglich ein „vollständig genanntes Pflegestellen-Förderprogramm“, moniert der Präsident der Ärztekammer Berlin, Günther Jonitz. „Daraus resultieren im günstigsten Fall drei Schwestern oder Pfleger mehr pro Klinik. Das ist Alibipolitik reinsten Wassers und wird an der dramatischen Personalsituation in vielen deutschen Kliniken nichts ändern.“
- (gpb 19.6.15) – Erwartungsgemäß haben BMG-Staatssekretär **Lutz Stroppe** und **Georg Baum**, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), am Freitag auf der **7. BVBG-Jahrestagung** bei der Bewertung der aktuellen Krankenhausreform nur **wenig Gemeinsamkeiten** gefunden. Vor allem die finanziellen Auswirkungen werden sehr unterschiedlich beurteilt. Georg Baum vermisst 1 Mrd. Euro, während Lutz Stroppe 1,7 Mrd. Euro Mehreinnahmen für die Krankenhäuser sieht. Die Zielsetzung der Gütesiegel Initiative des Bundesverbandes der Beschaffungsinstitutionen in der Gesundheitswirtschaft Deutschland e.V. (BVBG), nämlich Qualität, Patientensicherheit und Wirtschaftlichkeit bei der Beschaffung von Sachmitteln für Gesundheitseinrichtungen ausgewogen zu betrachten, findet nach Aussage des Staatssekretärs die volle Unterstützung des Ministeriums.
Service 22: Der Gesamtfoliensatz mit den Vorträgen zur 7. BVBG-Jahrestagung kann als pdf-Datei gerne bei mir abgerufen werden.

Verbände & Unternehmen

- (Bertelsmann Stiftung 17.6.15) – **Aus Ärztesicht erreicht das Patientenrechtegesetz seine Ziele nicht.** 51% der Mediziner glauben, dass das seit dem Jahr 2013 geltende Gesetz für sie nicht zu mehr Transparenz und Rechtssicherheit führe. Es helfe nicht, Patientenrechte besser durchzusetzen. Stattdessen sehen sich 71% der Ärzte durch das Gesetz stärker belastet, vor allem durch mehr Dokumentationspflichten. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle **Studie des Gesundheitsmonitors von Barmer GEK und Bertelsmann Stiftung**, für die rund 800 Ärzte in Klinik und Praxis repräsentativ befragt wurden. Die Befragung zeigt, dass Patientenrechte zwischen Arzt und Patient wenig thematisiert werden. Nur etwa jeder zehnte Arzt ist mehrfach von Patienten auf deren Rechte angesprochen worden. Wenn die Patienten darauf zu sprechen kommen, geht es ihnen vor allem um die Einsicht in ihre Krankenunterlagen. Das gaben 77% der Ärzte an. Zudem wollen 40% der Patienten über Behandlungsalternativen aufgeklärt werden. 62% der Ärzte sind allerdings noch nie von Patienten auf Patientenrechte angesprochen worden.
Service 23: Der Bertelsmann Gesundheitsmonitor 2/2015 kann als pdf-Datei gerne bei mir abgerufen werden.
- (aerztezeitung.de 19.6.15) – **Ärzte und Kassenvertreter fordern einen Ausbaustopp für Herzkatheterlabore, elektrophysiologische Messplätze und herzchirurgische**